

H 2001 Globalisierung als ethische und theologische Herausforderung Workshop von Roland Paeske, gehalten 27.10.2001

Thesen zur ökonomischen Globalisierung von Roland Paeske

1. Die seit Beginn der 90er Jahre beschleunigt fortschreitende ökonomische Vernetzung der Weltwirtschaft (= ökonomische Globalisierung) stellt einen **historisch unumkehrbaren Prozess** dar, der u.a. durch folgende Faktoren ursächlich bestimmt wird: von der globalen Durchsetzung marktwirtschaftlicher, kapitalistischer Prinzipien nach dem Zusammenbruch der unproduktiven sozialistischen Planwirtschaften; vom Einsatz kostensparender Innovationen, v.a. im Bereich der Informations- und Transporttechnik (Internet, Container-Verkehr etc.) und nicht zuletzt vom Abbau protektionistischer Behinderungen des grenzüberschreitenden Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs (zunehmende Etablierung des liberalen Ideals des Freihandels).
2. Die sich verstärkt artikulierende **Globalisierungskritik** muss ernst genommen werden, sofern sie sich nicht in realitätsverweigernder Fundamentalopposition erschöpft, sondern auf der Bereitschaft beruht, die geschichtliche Entwicklung der Globalisierung grundsätzlich zu akzeptieren und positiv zu gestalten, indem daraus erwachsende Chancen genutzt und zweifellos vorhandene Risiken minimiert oder wenn möglich auch eliminiert werden.
3. Dass die ökonomische Globalisierung für **Entwicklungsländer** die **große Chance** beinhaltet, an wachsendem Wohlstand durch Export teilzuhaben, zeigt das positive Beispiel der sog. südostasiatischen „Tigerstaaten“ (Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens in US-\$ von 1974-1999: Singapur 2230\$ --> 24150\$, Süd-Korea 520\$ --> 8490\$, Malaysia 790\$ --> 3390\$, Thailand 330\$ --> 2010\$). Das enorme Wirtschaftswachstum in den genannten Ländern war nur durch ihre Integration in den Weltmarkt möglich. Umgekehrt sind gerade die Entwicklungsländer, die zu wenig bzw. zu einseitig (Export einiger weniger Rohstoffe: Problem des Preisverfalls an den internationalen Rohstoffbörsen) am globalen Kapitalismus partizipieren, bis heute arm geblieben. Da es zu sinkenden Geburtenziffern und politischer Beachtung sozialer Mindeststandards erfahrungsgemäß erst dann kommt, wenn die menschlichen Grundbedürfnisse befriedigt sind, versinken die von der Globalisierung nicht profitierenden Entwicklungsländer in immer tieferem Elend.
4. Zweifellos erwachsen aus der ökonomischen Globalisierung auch erhebliche **Risiken**, wenn es nicht gelingt, die sich abzeichnende kapitalistische Weltwirtschaft **sozial und ökologisch zu „zähmen“**. Die Herausforderung dieser Aufgabe ist erheblich, wenn man die historische Parallele auf der nationalstaatlichen Ebene bedenkt: die Entwicklung vom ausbeuterischen frühen Manchester-Kapitalismus zur heutigen sozialen Marktwirtschaft hat annähernd 150 Jahre benötigt und war mit heftigen gesellschaftlichen Interessen-Konflikten verbunden. Die Leistung, die die Weltstaaten-Gemeinschaft angesichts der Globalisierung heute erbringen muss, ist ungleich größer und schwieriger: aufgrund des massiven Drucks der fortschreitenden Umweltzerstörung und der erschreckenden Armut vieler Entwicklungsländer muss sie in kürzerer Zeit soziale und ökologische Weltstandards institutionell verbindlich und überprüfbar vereinbaren, was durch massive Interessengegensätze zwischen den Nationalstaaten zusätzlich erschwert wird.
Die von Globalisierungsgegnern zu Unrecht geschmähte **WTO** („Welthandelsorganisation“ mit 142 Mitgliedsstaaten, löste 1995 das 1947 gegründete „Allgemeine Zoll- u. Handelsabkommen“ GATT ab), die erfolgreich international gegen jegliche Form des Protektionismus (Abschottung der nationalen Märkte vor ausländischer Konkurrenz durch Zölle, Subventionen, diverse Produktvorschriften etc.) und damit für Freihandel kämpft (Rückgang des durchschnittlichen Zollsatzes der Industrieländer von 35% 1947 auf 5% im Jahr 2000; parallel dazu eine Zunahme des Welthandelsvolumens von 30 Milliarden auf 5,6 Billionen US-\$!), könnte zur institutionellen Plattform der oben geschilderten Herausforderung werden, zumal - nicht zuletzt durch öffentlichen Druck der Globalisierungskritiker - in ihrem Rahmen inzwischen auch über Sozial- (z.B. keine Kinderarbeit) u. Umweltstandards verhandelt wird.
Die Kernthese einflussreicher Globalisierungsgegner, Handelsliberalisierung (und damit die WTO als Inbegriff dieses Prozesses) sei lediglich eine Veranstaltung in Interesse der reichen Staaten und der internationalen Großkonzerne, ist somit in vielen Fällen nicht zutreffend (vgl. dazu These 3: Bsp. der Tigerstaaten).
5. Die **sozial-ökologische Disziplinierung internationaler Konzerne** ist als wichtiger Erfolg globalisierungskritischer Nichtregierungsorganisationen (NGO's) zu werten. Vor dem Protest der NGO's war es z.B. bei Nike und Adidas Salomon durchaus üblich, ihre Produktion zur Kostenreduktion in Entwicklungsländer zu verlegen. Kinderarbeit, Niedrigstlöhne, umwelt- u. gesundheitsschädliche Herstellungsmethoden wurden dabei wissentlich in Kauf genommen. Die Anprangerung dieser rücksichtslosen Praktiken hat den betroffenen Unternehmen großen Imageschaden und entsprechende Absatzrückgänge eingebracht, so dass sie heute ihre Zulieferer aus Entwicklungsländern durch Überwachungsteams (bei Adidas arbeiten auch unabhängige NGO-Vertreter mit) genau kontrollieren, ob diese sozial und ökologisch verträglich produzieren.

6. Die Behauptung vieler Globalisierungsgegner, die nationalen Regierungen seien dem Diktat der globalen Finanzmärkte, Banken und Konzerne hilflos unterworfen, ist zu pauschal, was sich am Beispiel der Wohlfahrtsstaaten Europas zeigen lässt: sie sind am stärksten in die Weltwirtschaft integriert (und damit dem globalen Wettbewerb ausgesetzt), dennoch haben ihre Regierungen und finanzpolitischen Institutionen (v. a. die unabhängige EZB) durchaus die Macht, weitreichende ökonomische Entscheidungen zu treffen (Bsp: Steuer- u. Zinssenkungen, Reform der sozialen Sicherungssysteme, Konjunkturprogramme, Ökosteuer etc.). Auch wenn der Einfluss der Wirtschaft auf die Politik groß ist, besitzen **politische Systeme** nach wie vor **erhebliches Steuerungspotential**, das freilich nicht immer optimal eingesetzt wird (Hier sind wir als politisch und ökonomisch aufgeklärte Wähler gefordert!). Die genannte These unterschätzt auch die Abhängigkeit international agierender Konzerne von ihrem Heimatmarkt (wo sie politischem Einfluss nicht entgehen können) und der Macht des kritischen Verbrauchers (vgl. These 5).
7. **Adventistische Stellungnahmen zur Globalisierung** sollten sich an dem sinnvollen Kritik-Ansatz der beiden großen Kirchen orientieren. Katholische und evangelische Vertreter betonen, dass sie ganz im Sinne von These 1 und 2 nicht prinzipiell gegen Globalisierung sind (Bischof Kamphaus: „Die christlichen Kirchen sind die ältesten ‚global player‘“), sondern für eine „Globalisierung der Solidarität“ eintreten. Das bedeutet für sie konkret:
- In der nächsten Welthandelsrunde der WTO (Katar) müsse es zur Aufnahme sozialer und ökologischer Mindeststandards in das WTO-Vertragswerk kommen (z.B. keine Kinderarbeit, Recht auf freie Gewerkschaften etc.), die gerichtlich kontrolliert werden könnten. Verstöße sollten geahndet werden.
 - Dringend erforderlich sei zudem eine Öffnung der EU-Agrarmärkte und der Abbau von heimischen Subventionen (Es ist in der Tat ein Skandal, dass die EU / USA von den Entwicklungsländer die komplette Öffnung ihrer Märkte fordern bzw. als Kreditaufgabe sogar erzwingen, während sie v.a. durch nichttarifären und subventionsbedingten Protektionismus in bestimmten Bereichen ihrer Märkte gegen WTO-Prinzipien verstoßen und die Entwicklungsländer um mögliche Exporterlöse bringen, die die Entwicklungshilfe weit übersteigen würden!)
 - Schuldenerlass für die ärmsten Länder (Schuldendienst der Entwicklungsländer 1999 an den reichen Norden lt. Evangelischem Entwicklungsdienst: 340 Milliarden US-\$; Rückfluss an Entwicklungshilfe in den verarmten Süden 1999: 264 Milliarden US-\$, darunter 219 Milliarden von privaten Geldgebern)
 - Verbesserte Kredit- und Unterstützungskonditionen für Entwicklungsländer durch Reform des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank: gerechtere Mitbestimmungsmöglichkeiten für Entwicklungsländer in den Gremien von IWF / Weltbank; stärkere Orientierung der sog. „Strukturanpassungsprogramme“ an länderspezifischen und sozio-ökologischen Folgen (IWF und Weltbank fordern von den zu unterstützenden Ländern - aus Sicht der Kritiker zu häufig ohne Rücksicht auf die sozialen Folgen - u.a. die Erfüllung folgender typisch wirtschaftsliberaler Auflagen, um sie „weltmarktfähig“ und „attraktiv für ausländische Investoren“ zu machen: Inflationbekämpfung durch hohe Zinsen; Verringerung der Staatsverschuldung durch Einsparung im Sozialbereich; Abbau von jeglichem Protektionismus; Exportorientierung; radikale Privatisierung und möglichst weitgehende Durchsetzung marktwirtschaftlicher Verhältnisse, d.h. z.B. keine staatliche Festsetzung/Kontrolle von (Lebensmittel-)Preisen und keine staatlich garantierten Mindestlöhne.
 - Erhöhung der Entwicklungshilfe auf mindestens 0,7% des BSP der Industriestaaten (Dieser sehr moderate Wert wurde bereits 1970 in einer vielbeachteten UN-Resolution festgelegt, der fast alle Industriestaaten zustimmten. Allerdings blieb es beim Lippenbekenntnis: die BRD erreichte 1999 einen Anteil von nur 0,26%, die USA 0,1% und Japan 0,15%; Spitzenreiter der Entwicklungshilfe sind die skandinavischen Staaten Dänemark mit 1,01% und Norwegen mit 0,91%).